

Fachausschuss spricht über Weltpolitik

Zuständig oder nicht? Laatzens Volksvertreter sind sich beim transatlantischen Freihandelsabkommen uneins

VON JOHANNES DORNDORF

LAATZEN. Ob es um Ladenleerstände in Laatzten geht, das aqua-Laatzium, Gasnetzkonzessionen oder die Leine-VHS – der Wirtschaftsausschuss ist jeweils das zuständige politische Organ. Jetzt haben die Mitglieder ein neues Feld entdeckt: die Verhandlungen zwischen den USA und der EU über ein transatlantisches Freihandelsabkommen.

Ob sich die international betei-

ligten Verhandlungsführer für die Laatzener Meinung zu dem Thema interessieren, ist im Ausschuss allerdings umstritten. CDU und FDP stimmten am Montagabend denn auch dagegen, während SPD und Grüne dem Antrag von Linken und Piraten zustimmten. „Womit sollen wir uns denn noch alles beschäftigen?“, fragte etwa Egbert Wöbbecke (CDU), während Gerhard Klaus (FDP) Vorteile in der Liberalisierung der Märkte sieht.

Unumstritten dürfte sein, dass

die Verhandlungen Städte wie Laatzten tatsächlich betreffen könnten: Denn im Freihandelsabkommen geht es auch darum, welchen Zugang internationale Investoren zu Märkten wie den der Wasser- und Stromversorgung und der Abfallentsorgung bekommen. Entsprechend begründete Linken-Ratsherr Ralf Wetzell den Vorstoß seiner Ratsgruppe: „Das Thema betrifft die kommunale Daseinsvorsorge.“ Es gehe darum, dass

„uns vorgeschrieben wird, was wir

zu essen und zu trinken haben“. Die Stadt müsse ein Zeichen setzen. Konkret beantragte er, den Niedersächsischen Städtetag dazu aufzufordern, sich kritisch zum Abkommen zu positionieren.

Letzteres ist freilich längst geschehen: Stadtrat Albrecht Dürr wies am Montag darauf hin, dass das Städtetagspräsidium sich genau mit diesem Anliegen bereits an den Deutschen Städte- und Gemeindebund gewandt hat. Wetzell war deshalb schon drauf und dran,

seinen Antrag zurückzuziehen, als die SPD ihm den Rücken stärkte und zur Abstimmung drängte.

Und spätestens in diesem Moment ging es doch wieder um Laatzener Politik im engen Sinne: Denn bei der CDU vermutete man schon einen Schachzug der Sozialdemokraten, die zwecks Mehrheitsbildung im Rat auf Kuschkurs zu den Linken gingen. Der Einwurf blieb unkommentiert – man muss sich ja nicht zu jedem Thema äußern.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken